

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadtvierteljährl. M. 2,35
monatl. 45 Pf.
Bei allen württ. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr vierst. M. 1,35,
außerhalb desselben M. 1,35,
hierzu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Veröffentlichungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Aussächtige 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. pro
Zeile.
Bei Wiederholungen entspre-
chende Redukt.
F. Abonnements
nach Vereinbarung.
Telegraphen-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 32.

Montag den 9. Februar 1914.

31. Jahrgang.

Deutsches Reich.

Die Landtagswahl in Offenburg ungültig.

Die Wahlprüfungskommission der Zweiten badischen Kammer behandelte den Protest gegen die Wahl des Abgeordneten Hauser (B.) im Bezirk Offenburg-Stadt. Der Wahlakt im Bezirk IV wurde für ungültig erklärt, weil der Protestraum den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprach und eine Anzahl Wähler zu Unrecht gewählt hat. Die Wahl des Abg. Hauser wurde mit 6 gegen 5 Stimmen für ungültig erklärt. (Hauser wurde f. St. gegen Ruser-Offenburg gewählt.)

Berlin, 6. Febr. Das Landesökonomikollegium sah heute nach längerer Erörterung folgenden Beschluß: Der Landwirtschaftsminister wird in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit den gärtnerischen Fachverbänden gebeten, für einen ausreichenden Pflanzschuß der Gärtnerei Sorge zu tragen.

Berlin, 6. Febr. Nach einer oberflächlichen Beleuchtung der bisher für die Wehrsteuer eingegangenen Einschätzungen haben die Deputierten der Berliner Steuerberatungskommission festgestellt, daß mindestens 4 Millionen Mark an Steuern mehr eingehen werden, als nach der vorjährigen Veranlagung zur Staatseinkommensteuer zu erwarten war. Die Ergänzungssteuer wird vermutlich noch einen erheblich höheren Betrag ergeben.

München, 6. Febr. Der Magistrat erließ einen Aufruf, worin besonders die wohlhabenden Klassen aufgefordert werden, der dringenden Not der Arbeitslosigkeit dadurch abzuhelfen, daß sie sich durch Geldspenden an einer Hilfsaktion beteiligen. Die 100 000 M., die der Magistrat bewilligen konnte, reichten bei weitem nicht aus. Besser könne geholfen werden, wenn das Beispiel eines Bürgers, der bereits 10 000 M. gespendet habe, Nachahmer finde. Abschluß wurden 8500 M. gezeichnet, darunter 200 M. von der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags.

Strasbourg, 5. Febr. Major a. D. Schäffer in Zabern, dem bekanntlich von Kreisdirektor Wahl ein Waffenrecht verweigert worden war, hat dem „Erfahrer“ zufolge mehreren Mitgliedern des Zivillastinos in Zabern eine Forderung auf Pistolen zugehen lassen. Der Ehrenwandel ist nach Angabe des Blattes im Verfolg der Zaberner Affären entstanden.

Strasbourg, 6. Febr. Ministerialdirektor v. Traut, der stellvertretende Leiter des Landwirtschaftsministeriums unter dem Staatssekretär Febr. Born v. Balach hat sein Mitgliedsgehalt eingereicht.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 6. Februar 1914.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 1 Minute.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.
Auf die Frage des Abg. Schmitt-Würzburg (Soz.) nach der Invalidenrente der in den Auslandsgrenzbezirken wohnenden Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen erwiderte Direktor des Reichsamts des Innern Dr. Caspar:

Nach der Reichsversicherungsordnung kann der Bundesrat für ausländische Grenzgebiete oder für Angehörige solcher Staaten, deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge gewährleistet, die Beschränkung des Anspruchs der Hinterbliebenen eines Ausländers, die sich zur Zeit seines Todes nicht gewöhnlich im Inland aufhielten, aufheben. Verhandlungen wegen des Erlasses entsprechender Beschlüsse des Bundesrats sind eingeleitet.

Auf die Frage der Abg. Deichmann (Soz.) und Gen. nach der Verjagung von Arbeiterlegitimationskarten an ausländische gewerbliche Arbeiter erwiderte

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald: Für die Geschäftsführung der deutschen Arbeiterzentrale in Baden der Ausstellung und Verjagung von Arbeiterlegitimationskarten sind die landesrechtlichen Vorschriften über die Zulassung ausländischer gewerblicher Arbeiter und für die Tätigkeit der Polizeibehörden in Angelegenheiten der Ausweisung nichtlegitimierter Personen die einzelstaatlichen Bestimmungen über die Ausweisung von Ausländern maßgebend. Diese Vorschriften sind fremdenpolizeilicher Natur und damit als Ausfluß eines Landeshoheitsrechts der Zuständigkeit des Reiches entzogen. Reichsgesetzliche Bestimmungen werden durch sie nicht verlegt.

Gemäß dem Antrage der Wahlprüfungskommission wurde darauf die Wahl des Abg. Dr. Werner-Sieken, (Deutschsoz.) (L. Hessen) für gültig erklärt. Beweiserhebungen werden beschloffen für die Wahlen der Abgg. List-Ohlinger (Radl.) (S. Württemberg), Graf v. Oppersdorff (L. B.) (S. Posen), und v. Wolke (Konf.) (S. Preußen).

Darauf wurde die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Es entspann sich zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob die Abstimmung über alle Resolutionen heute stattfinden soll. Das Haus beschloß dies.

Die Abstimmung erfolgte zunächst über die zum Vereinsrecht beantragten Resolutionen. Für die Resolution der Polen stimmten mit den Antragstellern die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Erklärer; die Resolution gelangte gegen die Rechte, die Nationalliberalen und die Fort-

schrittliche Volkspartei zur Annahme. Ebenso werden die beiden vom Zentrum und von den Sozialdemokraten beantragten Resolutionen angenommen. Für die Aufhebung des Sprachenparagrafen stimmte auch ein Teil der fortschrittlichen Volkspartei.

Abgelehnt gegen die beiden Parteien der Rechten und etwa 3-4 Nationalliberale wurde die Resolution Graf Westarp, welche noch vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches die Verlegung eines Gefangenenturms verlangt, durch welchen ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechtes geschaffen, dem immer stärker ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitswilligen Arbeitern entschieden entgegengetreten, insbesondere aber das Streikpostenstreben verboten wird.

Zur Annahme gelangte die Resolution Wasser-mann, den Reichskanzler um eine Denkschrift über das Arbeits- und Rechtsverhältnis der außerhalb des Beamtenverhältnisses in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen zu ersuchen.

Angenommen wurde die Resolution Lehrens und Genossen, welche dem Reichstage die in Aussicht gestellte Zusammenstellung der Erfahrungen über den Verlauf von Arbeitsfreitigkeiten in Deutschland und im Auslande auch ausgedehnt wissen will auf die Erfahrungen über Aus-wüchse des Koalitionswesens im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben, die nicht von Arbeitern und deren Koalition veranlaßt wurden.

Abgelehnt wurde dagegen die Resolution Wasser-mann betreffend eine Denkschrift über Aus-wüchse des Koalitionsrechtes.

Angenommen wurde schließlich die Resolution Spahn, die Zusammenstellung der Entscheidungen des Bundesrats der Budgetkommission unter Berücksichtigung darüber zu überweisen, was bezüglich der als nicht erledigt zu erachtenden Beschlüsse des Reichstages geschehen soll.

Die Abstimmung über die übrigen Resolutionen wurde bis zum Abschluß der Spezialberatung dieses Etats zurückgestellt.

Sodann wurde die Etatsdebatte fortgesetzt, und zwar beim Titel „Belastung des Reichs aus den auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen“.

Abg. Kollenbühr (Soz.): Der Reichstag ist durch die Annahme solcher Zahlen verleitet worden, Beschlüsse zu fassen, durch welche die Witwen und Waisen schwer geschädigt werden. Die Verbündeten-Regierungen sollten veranlaßt werden, genau zu untersuchen, ob ihre damaligen Zahlen richtig waren. Unter Zugrundelegung der wirklichen Waisenzahl hätten statt 2 Millionen 4 Millionen eingesetzt werden müssen. Es bleibt nun nichts übrig, als entweder diese Position an die Budgetkommission zurücküberweisen, oder einen Nachtraaskredit voranzulegen. Es wäre die höchste Zeit,

Wenn das Herz fest bleibt in aller Not, der wird zuletzt nicht nur den treuen Freunden, auch seinen Feinden ehrenwürdig.
G. Freitag.

Durch eigene Kraft.

Von Otto Elster.

(Nachdruck verboten.)
„Ich habe mich auf deinen Wunsch nach Herbert's Schulden genau erkundigt und eine Zusammenstellung gemacht. Es sind ungefähr zwanzigttausend Mark ohne die Zinsen. Es wird dir ja nicht schwer fallen, die Summe zu bezahlen!“
„Verdammt will ich sein, wenn ich diese Schulden des leichtsinnigen Burschen bezahle!“ rief der hysterische Herr Hammer, aufspringend und mit großen Schritten auf und ab gehend.
„Ja, dann kommt dein Sohn aber in eine sehr unangenehme Lage.“
„Meinetwegen!“
„Die Gläubiger wollen nicht mehr warten. Sie wollen den Konkurs über Herbert beantragen und ihn zum Offenbarungseid zwingen.“
„Schade, daß das Schuldengehirn nicht mehr besteht. Da könnte der Bursche meinetwegen sein ganzes Leben sitzen!“
„Und, was soll aus Hammersau werden?“
„Na, ich lebe noch. Und dann ist Trude da — sie wird sich ja wohl mal verheiraten.“
„Um — ja — das könnte ja eintreten. Aber ob der dann der Schwiegerohn paßt, ist eine andere Frage. Ich habe so ein Bögelchen singen hören, daß dein zweiter Verwalter ein Auge auf Trude geworfen hätte.“
„Bist du verrückt geworden, Martini?“
„Nicht im Geringsten. Der Verwalter soll ja auch ein hübscher, flotter Bursche sein.“
„Ein erbärmlicher Hungerleider ist er!“ schrie Hammer während. „Morgen paßt er seine Sachen! Was — dieser Bauerjohann sollte hier den Herrn spielen? — Da soll ein Donnerwetter dreinschlagen! Ich werde mit Trude vornehmen — aber ordentlich.“
„Laf das, alter Freund, wenn ich dir raten darf.“ unterbrach Martini den Erzählten. „Du magst die Sache überhaupt nur noch schlimmer. Schide den jungen Mann unter irgend einem Vorwande fort, aber sag' zu Trude kein Wort. Du machst das Mädchen nur auffällig — deut',

wie es mit mir Eise ergangen ist. Suche für Trude lieber einen ordentlichen Gatten, dann gibt sich alles von selbst.“

„Ich glaube, du hast schon einen in Aussicht, Martini?“
„Allerdings,“ entgegnete dieser ruhig. „Komme her, alter Freund — setz dich zu mir — da trink noch ein Glas zur Veruhigung, und dann höre mit aufmerksam zu. Ich habe einen Plan, der dir vielleicht zusagen wird.“

Der Einfluß des schlauen Martini auf seinen alten, halbtrunkenen Freund war so groß, daß sich dieser seinem Willen sofort fügte. Hammer war zu denkfaul und zu gleichgültig, um eigene Pläne zu erfinden; er ließ sich viele von seinem gewandteren Freunde entwerfen und verfolgte sie dann mit der ganzen Hartnäckigkeit seines halsstarrigen Charakters in dem Glauben, daß er selbst diese Pläne eronnen habe. Er nannte das einen festen Charakter haben oder ein Ziel konsequent verfolgen, was sich dabei aber nicht bewußt, daß er nur ein Werkzeug in den Händen des schlauen Beißers von Martini'senelbe war.

Nachdem dieser eine Zeitlang auf seinen Freund eingeprochen, schlug Hammer mit der Faust auf den Tisch, daß die Gläser klirren.

„Ich will verdammt sein,“ rief er, „wenn ich nicht denselben Gedanken schon gehabt habe! Du hast recht, Martini, so kommt alles in das richtige Weis, und wir können ein behagliches, ruhiges Leben in der Stadt führen. Ich habe die Geschichte hier satt. Wägen die jungen Leute sich mit der Wirtschaft abzugeben. Da hast du meine Hand! — Noch heute spreche ich mit Trude.“

„Aber, Hammer, so schnell geht es nicht. Laß die jungen Leute erst wieder bekannter miteinander werden. Ich werde meinen Sohn einmal aushorchen, wie ihm Trude gefallen hat. Man soll nichts überstürzen, alter Freund. Und wir dürfen Trude nicht kopscheu machen.“

„Wenn ich ihr sage, so soll's sein, dann weigert sie sich nicht.“

„Wer weiß, Hammer? In Liebesdingen haben die Frauen ihren eigenen Kopf.“

In diesem Augenblick traten Franz und Trude wieder ein.

9.

Trude's Wangen und Augen waren gerötet, als ob sie geweint hätte; Franz's Gesicht zeigte dagegen einen sehr befriedigten Ausdruck. Er blinzelte seinem Vater mit

einem heimlichen Lächeln zu, als wollte er sagen: „Sei nur ruhig, Alter! Alles geht gut.“

Herr Hammer, bei dem der Wein bereits seine Wirkung auszuüben begann, begrüßte den jungen Martini mit lautem Hallo.

„Setzen Sie sich zu uns, Franz,“ rief er. „Hier ist noch ein Glas für Sie. Tres faciant collegium — sehen Sie, ich habe mein Latein no draicht ganz vergessen — habaha! Und Sie werden auf der Universität ein gutes Glas Wein auch zu würdigen gelernt haben.“

„Gewiß, Herr Hammer,“ entgegnete Franz lachend, indem er sich zu den beiden Alten setzte und sein Glas einschenkte. „Hier sind wir verammelt zum köstlichen Tun — drum, Brüderchen, ergo bibamus!“ rief er dann, sein Glas erhebend.

„Hoho! Wie scheinen mir der Richtige zu sein!“ schrie Herr Hammer vergnügt. „Trude“, wachte er sich dann an seine Tochter, die schweigend mit gesenkten Augen dastand, „sorge dafür, daß das Abendessen bald kommt, und dann laß einige Flaschen Champagner kaltstellen. Heute wollen wir lustig sein. Wir feiern ja die Heimkehr des Sohnes — nicht wahr, Martini?“

Er rief seinen Freund in die Seite und flücherte verschnüht vor sich hin.

„Du tuß meinem Franz wirklich zuviel Ehre an, alter Freund,“ entgegnete Martini zurückhaltend.

„Dummes Zeug! Ich freue mich, daß der Franz wieder da ist. Freust du dich nicht, Trude? Ihr weret doch Spielkameraden, als Ihr Kinder weret — na, vielleicht werdet Ihr noch bessere Kameraden jezt.“

„Hammer, ich bitte dich.“ mahnte Martini, während Franz vergnügt lachte.

Trude errödete und verließ das Zimmer. Der Anspielung ihres Vaters setzte sie weiter keinen Wert bei; sie kannte seine anzüglichen Scherze, denen sie sich schweigend zu entziehen pflegte. Aber sie wußte auch, was der Abend bringen würde — ein tolles Gelage, das mit vollkommen sinnloser Trunkenheit ihres Vaters endigen würde.

Trude hatte ihrem Bruder nicht das ganze Geld ihres Lebens offenbart. Sie wollte die Zwietracht zwischen Vater und Sohn nicht noch vergrößern und es widerstrebe ihr, die Anklägerin des Vaters zu sein. Aber sie litt schwer unter der Festigkeit und der unseligen Leidenschaft des Vaters für Wein und andere alkoholische Getränke.

(Fortsetzung folgt.)



den Waisen das Zukommen zu lassen, was ihnen gebührt. Geheimrat Aurin: Über die Art der Verteilung des Reichszuschusses ist der Reichstag niemals im Unklaren gelassen worden. Durch die Reichsversicherungsordnung wurde die Sache insofern kompliziert, als wir es nicht mehr allein mit der Invalidenversicherung, sondern auch mit der Hinterbliebenenversicherung zu tun haben. 1912 war das Reich an den Zahlungen aus Hinterbliebenenrenten mit 73 Prozent beteiligt. Es trat gewissermaßen eine Verschiebung ein zugunsten der Hinterbliebenenversicherung und zu Ungunsten der Invalidenversicherung. Man muß auch in Betracht ziehen, daß aus den vorhandenen Geldern nicht nur die Hinterbliebenenrente gedeckt wird, sondern auch die Verwaltungskosten zu zahlen sind.

Abg. Wolkenshuh (Soz.): Auch nach den Erklärungen des Regierungsvertreters stehen zweifellos 13 Millionen Mark für die Witwen- und Waisenversicherung jährlich mehr zur Verfügung.

Der Titel wurde bewilligt. Es folgten Aufwandsentschädigungen an Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften und an Familien, in denen drei Söhne der Militärpflicht genügt haben oder noch genügen.

Die Kommission beantragt die Erhöhung des Titels auf 7 500 000 Mark.

Abg. Rauch (Soz.): Die Unterstützung von 240 Mark pro Sohn und Dienjahr entspricht nicht dem Aufwand durch die Dienstleistungen. Wir wünschen eine größere Entschädigung an Familien, deren Ernährer zu Friedensübungen einberufen werden.

Abg. Erzberger (Zent.): Die Forderung des Vorredners können wir nur unterstützen. Bei Beratung der Beurlaubung haben wir die Unterstützung der kinderreichen Familienvorstände beschlossen. In der Budgetkommission ist eine doppelte Verbesserung vorgenommen, indem die Unterstützung nach der Zahl der Dienstjahre (Kriegs- und Friedensjahre) und auch eine bedeutende Erhöhung des Fonds vorgenommen worden. Es ist zu bedauern, daß die Ausführungsbestimmungen zum Aufwandsentschädigungsgesetz noch nicht bekannt sind. Die Formalitäten müssen möglichst einfach sein. Auch empfiehlt es sich, die Unterstützungen nicht monatlich, sondern halbjährlich zu zahlen, damit die Leute auf einmal gleich eine größere Summe bekommen.

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Reinald: Auch die Verbündeten Regierungen freuen sich, wenn es so viele Soldatenkinder gibt. Ich bin überzeugt, daß die Ausführungsbestimmungen zum Aufwandsentschädigungsgesetz bald herauskommen. Auch ich meine, daß die Vorschriften möglichst einfach sein müssen, damit für die Familienvorstände keine Schwierigkeiten entstehen. Herr Rauch hat dem Bundesrat vorgeworfen, daß wegen der Erhöhung der Unterstützungen für eingezogene Mannschaften in Friedenszeiten noch keine Vorlage eingebracht worden ist. Die ortsüblichen Tagelöhne sind ja erst provisorisch festgesetzt worden. Deshalb kann eine solche Revision schon für das nächste Jahr nicht verprochen werden.

Abg. Erzberger (Zent.): Sinngemäß würde auch den Familien, deren Söhne in den Schutztruppen dienen, die gleiche Vergünstigung zu gewähren sein.

Direktor Reinald: Diese Anregung entspricht auch den Intentionen des Kolonialamts. Über die Einzelheiten wird man sich noch zu verständigen haben.

Die Petitionen wurden nach dem Antrage der Budgetkommission bewilligt.

Bei den „Aufwendungen für Einrichtungen und Veranstaltungen, welche allgemeinen Interessen des deutschen Handels und Gewerbes dienen“, trat

Abg. Dr. Dahlem (Zent.) abermals nachdrücklich für die Nacht- und Sonntagsruhe der Binnenschiffer ein.

Direktor Dr. Caspar: Den in dieser Angelegenheit eingeleiteten Verhandlungen haben sich immer neue Schwierigkeiten entgegengestellt.

Der Rest der Allgemeinen Fonds wurde bewilligt. Es folgten die ordentlichen Ausgaben für die Reichskommissariate.

Die Ausgaben für die Überwachung des Auswanderungswesens wurden ohne Debatte bewilligt.

Zum Titel Reichsschulkommission lagen vor die Resolutionen 1.) Albrecht und Genossen (Soz.) betreffend Umwandlung der Reichsschulkommission in ein selbständiges Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen des Deutschen Reiches und 2.) Abloh und Genossen (Fortchr. Vpt.) betreffend Ausbau der Reichsschulkommission zu einem Reichsschulamt.

Abg. Siedowich (Fortchr. Vpt.): Die Idee der Errichtung eines Reichsschulministeriums mit antilicher Zentralgewalt lehnen wir ab, dagegen halten wir eine pädagogische Zentralstelle für dringend wünschenswert. Eine Zentralisierung des Schulwesens würde an dem Widerstande der Einzelstaaten scheitern. In Mecklenburg besteht noch immer die geistliche Schulaufsicht in Reinkultur. Die rechtliche Stellung der Lehrer ist eine überaus schlechte, die Gehälter in den kleinen Städten sind immer noch sehr gering. (Vizepräsident Dr. Dove: Sie können sich über die mecklenburgischen Verhältnisse nicht in dieser Breite beschäftigen.) Ungerade ist der heutige Zustand, daß die Schüler höherer Lehranstalten das Einjährig-Diplom bereits nach neunjährigem Besuch bekommen, die Lehrer erst nach vierzehnjährigem Schulbesuch. Die Einjährig-Diplomierung im Lehrerelement muß früher erreicht werden.

Abg. Dr. Ortman (Nat.): Wir wünschen keine Schablonisierung des Schulwesens und lehnen deshalb auch jetzt wieder den sozialdemokratischen Antrag ab. Wir wünschen aber, daß die Kommission vor allem in der Frage der Einjährig-Diplomierung intensiver arbeitet. In den Bereich der Kommission würde auch die Aufgabe der Schaffung eines Reichsschulministeriums gehören, wofür die Stadt Berlin in ein Gebäude hergeben will.

Abg. Schulz-Gruhl (Soz.): Die fortschrittliche Resolution lehnen wir wegen ihrer Jagbarkeit ab. Unsere Resolution verlangt einen Gesetzesentwurf, durch den die Reichsschulkommission in ein selbständiges Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen umgewandelt wird.

Abg. Marx (Ztr.): Die Debatte zeigt, daß man bei der Auswahl von Titeln vorhaltig sein muß. Der Name „Reichsschulkommission“ scheint geradezu nach Tätigkeit und erweist sich als solche Vorstellungen. Die Folgen sind die vorliegenden Anträge. Eine eigentliche Tätigkeit hat die Reichsschulkommission nicht, da es keine Reichsschulen gibt. Ein einheitliches Fortbildungsschulwesen für Lehrer ist ganz undenkbar. Damit wäre der Weg zu reichsweiter Regelung des Schulwesens betreten. Dafür sind wir in keiner Weise zu haben. Das widerspricht auch der Reichsverfassung. Die Resolutionen lehnen wir ab. Die Reichsschulkommission mag ihr ruhiges Dasein weiterführen und sich ihres stolzen Namens freuen.

Abg. Dr. Kerscheneiner (Fortchr. Vpt.): Ein Zentralamt könnte für unser Schulwesen sehr nützlich sein, wie das Beispiel Englands zeigt. Dabei liegt uns die Uniformierung des Schulwesens völlig fern.

Der Titel wurde bewilligt; die sozialdemokratische Resolution wurde abgelehnt, dagegen die der Fortschrittlichen

lichen Volkspartei mit geringer Mehrheit angenommen.

Eine Reihe weiterer Titel wurde ohne oder ohne erhebliche Debatte bewilligt.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Sonnabend 12 Uhr vertagt.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Ausland.

Rüstungspropaganda in Schweden.

w. Stockholm, 6. Februar.

Ungefähr 30 000 Bauern aus allen Teilen Schwedens sind hier eingetroffen und veranstalteten eine patriotische Kundgebung für die Vermehrung der Rüstungen. In einer Prozession mit 24 Bannern begaben sie sich nach dem Schloß, in dessen Hof sie vom König empfangen wurden. Der Führer des Zuges hielt eine Ansprache an den König, auf die der König u. a. folgendes antwortete:

„Mein König, der vor mir die schwedische Krone trug, hat in so hohem Maße wie ich den Vorzug gehabt, an diesem Platz mit den breiteren Volksschichten von Angesicht zu Angesicht zu stehen und ihre Stimme zu hören. Das Bewußtsein Eueres Vertrauens zu Euerem König macht mein königliches Amt wahrlich doppelt verantwortungsvoll, aber gleichzeitig leichter ausführbar und ich verspreche Euch, daß ich Euch nicht im Stich lassen werde. Ihr könnt dessen sicher sein, daß ich niemals von meiner Ueberzeugung abweichen werde bezüglich dessen was ich mit Bezug auf die Wehrmacht, die Selbständigkeit des Landes für das Richtige und Notwendige ansehe. Es geht wahrlich nicht an Männern in unserem Land, die der Meinung sind, daß die Frage über die Uebungszeit der Infanterie nicht jetzt gelöst werden dürfe. Ich teile keineswegs diese Auffassung und bin im Gegenteil der Meinung, die Ihr soeben mir gegenüber ausgesprochen habt, daß die Verteidigungsfrage als Ganzes behandelt und jetzt entschieden werden muß ohne Verzögerung und im Zusammenhang. Von den Forderungen für die Schlagfertigkeit und Kriegsgerechtheit der Feldarmee, die unerschütterlich von den Sachverständigen innerhalb meiner Armee aufgestellt werden, sehr ich nicht ab. Ihr wißt alle, daß dies eine erweiterte Dienstzeit für die Wehrpflichtigen bedeutet, auch in Bezug auf die Notwendigkeit der Winterausbildung. Um die großen Aufgaben lösen zu können muß ferner meine Marine nicht allein stark erhalten, sondern auch in bedeutendem Maße vermehrt werden. In Uebereinstimmung mit meiner Pflicht als Euer König will ich versuchen, Euch den Weg zu zeigen, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen. Möchtet Ihr auch zukünftig mit folgen und mich stützen.“

Der König schloß mit den Worten: Gott segne Euch alle! Es lebe unser geliebtes Vaterland! Es lebe Schweden! Dann zogen alle Bauern in das Schloß, wo sie an den Brunnen vor den Majestäten und den Mitgliedern des Kgl. Hauses vorbeizogen. Eine Deputation begab sich dann zum Ministerpräsidenten. Für den Abend sind zahlreiche Feste in Aussicht genommen. Inzwischen haben die sozialdemokratische Partei und eine Anzahl radikaler Vereinigungen Gegenveranstaltungen angekündigt. Heute Abend findet im Kgl. Schloß ein Festmahl statt, zu dem eine große Anzahl der Teilnehmer an der Kundgebung geladen sind.

Der Bauernzug machte einen großartigen, unergiebigen Eindruck. Die Rede des Königs wurde vom Kronprinzen und dem Herzog von Westgötaland auch außerhalb des Schloßes den Bauern vorgelesen, die im inneren Hofe keinen Platz gefunden hatten. Alle in Stockholm und seiner Umgebung lebenden Regimenter gewähren den Bauern in ihren Kasernen Quartier. Die Offiziersaspiranten der Kriegsschule von Karlsberg haben den Bauern ihre Schlafräume zur Verfügung gestellt und kompierten selbst in Zelten. Im ganzen haben sich 21 300 Bauern am Zuge beteiligt. Ueber 40 000 Bauern, die nicht teilnehmen konnten, haben ihre Zustimmung gegeben. Als wichtigste Stelle in den an den König und den Ministerpräsidenten gerichteten Reden wird die Erklärung betradet, daß die Bauern bereit seien, die erforderlichen Opfer zu bringen, aber auch forderten, daß die ganze wichtige Verteidigungsfrage schon in diesem Jahre gelöst werde.

Griechen und Albaner im Streit.

w. Athen, 6. Februar.

Ueber die Zusammenstöße griechischer Truppen und albanischer Banden wird der „Ag. Ath.“ gemeldet, daß das 15. Infanterieregiment albanische Banden in die Flucht geschlagen hat, die im Distrikt Colonia eingebrungen waren, dort in verschiedenen Ortschaften die albanische Plage geübt und erklärt hatten, sie im Namen des albanischen Staates zu befehlen und auch Proklamationen der internationalen Kontrollkommission und der Organisatoren der Gendarmerie verlesen hatten. 12 Soldaten und 3 Freiwillige wurden bei diesen Kämpfen verwundet und 5 Soldaten und 2 Freiwillige fielen. Die Albaner verloren 64 Tote und zahlreiche Verwundete. Ferner erlitten 600 Albanesen unter dem Major Mustafa vor der Station Veltina bei Koriza und verlangten, daß Koriza und seine Umgebung ihnen übergeben werde. Der Kommandant der Station erklärte, er habe keine Anweisung hierzu. Die Einwohnerschaft dieser Gegend ist um ihr Schicksal besorgt.

Petersburg, 6. Febr. Der Ministerrat hat beschlossen, der Reichsduma und dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorzulegen über die Anweisung von 1 695 000 Rubel zur Erzforschung der Fundorte radioaktiver Mineralien.

Bukarest, 5. Febr. In Filipesco bei Lorenz, wo große Mengen von Petroleum gewonnen werden, erfolgte heute plötzlich eine Eruption stark salzhaltiger siedender Wasser. Das Wasser sprudelt unter gewaltigem, in einem Umkreis von 10 Rism. vernehmbarer Größe zu bedeutender Höhe empor. Rings um die Mündung dieses Geisers hat sich eine etwa 500 Meter breite Salzkruste abgelagert.

Paris, 6. Febr. Der Flieger Carair stellte heute Nachmittag eine neue Höchstleistung auf, indem er auf dem Flugfeld von Chartres mit 4 Flugplätzen an Bord seines Zweideckers eine Höhe von 2750 Metern erreichte.

Newyork, 6. Febr. Kaplan Schmidt wurde im zweiten Prozeß gegen ihn des Mordes im ersten Grade für schuldig befunden, worauf der Tod steht.

Washington, 6. Febr. Aus dem Weißen Haus wird mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten Einladungen zur Abhaltung einer dritten Friedenskonferenz im Haag im nächsten Jahre ergehen lassen. Wie verlautet, hat die Regierung auf Wunsch der Königin Wilhelmina diesen Schritt getan.

Tokio, 6. Febr. (Reuter.) In Verbindung mit der Befehlsaffäre, in die Marineoffiziere verwickelt

sein sollen, wurde heute hier eine große Volksversammlung abgehalten, in der 15 000 Personen teilnahmen. Der Führer der Opposition und der Abgeordnete, der in der letzten Woche die Angelegenheit in der Kammer vorbereitete, waren anwesend und wurden als Volkshelden gefeiert. Es wurde laut der Rücktritt der Regierung gefordert und es wurden aus rotem Papier gedruckte, gegen die Satsumapartei gerichtete Plakate verteilt. Die Redner wiederholten die im Parlament vorgebrachten Anklagen der Erpressung und Bestechung gegen hohe Marineoffiziere und des sog. Atacourts.

Württemberg.

Dienstnachrichten.

Volksschulrektor Stiefel in Kalen wurde in den Ruhestand versetzt. Er erhielt aus diesem Anlaß das Verdienstkreuz.

Württembergischer Landtag.

Zweite Kammer.

Stuttgart, 6. Febr.

Präsident v. Kraut eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Zuschlag zur Reichs-erbzinssteuer. Auf Antrag des Abg. Scheel (B.) wird der Entwurf debattelos dem Finanzausschuß überwiesen. Sodann wird ein Antrag des Finanzausschusses, die Bitte des Fabrikanten Christian Häfner in Göppingen um Revision der Dienstausweisung für die Gerichtsvollzieher der Regierung zur Kenntnisnahme zu übergeben, debattelos angenommen.

Arbeitslosenfürsorge.

Es folgt die Anfrage des Abg. Dr. Lindemann (Z.) ob die Regierung bereit ist, Auskunft darüber zu geben, welche Maßnahmen sie zur Bekämpfung der vorhandenen Arbeitslosigkeit und des dadurch bewirkten Notstandes weiterer Arbeiterkreise, sowie zur Unterstützung der durch die wirtschaftliche Krise schwer bedrängten Kleingewerbetreibenden zu ergreifen gedenkt, und ob sie die früheren Beschlüsse der Zweiten Kammer vom 13. 8. 1909 und 1. 6. 1911 betreffend Arbeitslosenfürsorge nunmehr durchzuführen gedenkt. Mit dieser Anfrage wird die Anfrage Andre (Z.) verbunden, ob der Minister des Innern bereit ist, tatsächlich bald in einem Nachtragsetat die nötigen Mittel anzufordern. Dazu gesellt sich der Antrag Matulat (Z.): die Regierung zu ersuchen, den Ständen einen Vorentwurf vorzulegen, wonach solchen Gemeinden, die Unterstützungsanstalten für arbeitslose Arbeiter und Angestellte unterhalten oder Zuschüsse an Arbeiterberufvereine zu den von ihnen an ihre Arbeitslosen geleisteten Unterstützungen zahlen, Staatsbeiträge gewährt werden. Die Staatsbeiträge sollen die Hälfte der von den Gemeindeverwaltungen jährlich tatsächlich für den erwähnten Zweck verwendeten Gelder betragen.

Abg. Dr. Lindemann (Z.): Der wirtschaftliche Niedergang ist zurzeit größer als im Jahre 1908, zu einer Zeit, wo die wirtschaftliche Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte. Die Tätigkeit der öffentlichen Arbeitsämter geht in wirtschaftlichen Krisenzeiten außerordentlich zurück, auf der anderen Seite ist die Zahl der Waise in den württembergischen Wanderarbeitsstätten erheblich gestiegen. Nach den Berechnungen des Metallarbeiterverbandes ist die Zahl der Arbeitslosen in diesem Gewerbe auf 3,3 Proz. gestiegen, während sie voriges Jahr noch 2,1 Prozent betrug. Der Gesamtaufwand belief sich im Vorjahre auf 3,7 Millionen Mark. Mit der Arbeitslosigkeit geht Hand in Hand die Notlage des Kleingewerbes. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Holzarbeiterverband und Textilgewerbe, vom Baugewerbe ganz zu schweigen, Verfürgung der Arbeitszeit um 1 Tag in der Woche, geringe Löhne sind die Folgen dieser Krise. Ähnlich ungünstig liegen die Verhältnisse in der Wäsche-, Kleider- und Schuhindustrie. Die Schwächung der Organisation der Arbeitergewerkschaften, die im Interesse der Allgemeinheit die wirtschaftliche Kraft der Arbeiter unterwerft zu erhalten bestrbt sind, ist vom Standpunkt der Arbeiterchaft sehr zu bedauern. Ich glaube daher, zu meiner Anfrage an die Regierung berechtigt zu sein. Wir sind uns ja allerdings darüber klar, daß die Regierung nicht Maßregeln ergreifen kann, die eine übermäßige Belastung der württembergischen Steuerzahler bedeuten, aber trotzdem kann die Regierung etwas tun, sie kann im Bundesrat ihren Einfluß geltend machen. Bei den staatlichen Bauten ist immer noch ein sehr großer Prozentsatz ausländischer Arbeiter beschäftigt. Es würde uns mitgeteilt, daß bei Bahnbauten 63 Prozent in- und 37 Prozent ausländische Arbeiter verwendet werden. Eine weitere Maßregel wäre ein Steuernachlaß oder wenigstens Steuererleichterung. Auch die Gemeinden sind berufen, die Arbeitslosenfürsorge zu unterstützen. Die Regierung hat von unserer Beschlußfassung zur Förderung der Arbeitslosenfürsorge keinen Gebrauch gemacht. Sie hat auch keine Nachtragsetat eingebracht. Die Regierung hat noch nicht eine Initiative in dieser Frage gezeigt. Die Arbeitslosen sind minder daran als unsere notleidenden Weingärtner. Die württ. Regierung entschuldigt ihr Nichtvorgehen damit, daß der Deutsche Städtetag eine Eingabe an den Bundesrat gemacht hat. Andere Bundesstaaten denken in dieser Frage wesentlich anders. (Zuruf von links: Besser! als die württembergische Regierung. Das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden müssen gemeinsam vorgehen. Für die Arbeiterchaft kann es sich nicht um ein „Beispiel der Instanzen“ handeln. Das Vorbild der bayerischen Regierung kann von der württembergischen Regierung als das beste Vorbild angesehen werden. (Zuruf von links: Das schwarze Vabern!) Sie möge es schleunigst nachahmen. Ich erinnere zum Schluß an das von Bismarck vor dreißig Jahren gebrauchte Wort: „Der Arbeiter hat ein Recht auf Arbeit!“ Der Staat hat die Verpflichtung für den hungerigen Arbeiter mit seinen gefunden Armen Sorge zu tragen. Ich hoffe, daß es der Regierung gelingen möge, die großen, sich ihr entgegenstellenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Abg. Andre (Ztr.) macht ähnliche Ausführungen. Schon seit 5 Jahren verjage sie vollständig. Nicht am Faulenzer und Tagelöhne handle es sich bei diesen Arbeitslosen, für die im Winter auch die Landwirtschaft keine Verwendung habe, sondern um Menschen, die vergeblich nach Arbeit suchen. Niemand sei die Arbeitslosigkeit so groß gewesen wie jetzt; die wichtigsten Industriezweige seien von ihr erfaßt und besonders die schaffenden Arbeiter leiden not. Durch die Armenunterstützung gehe dem Arbeiter und seiner Familie ein Stück Selbstachtung verloren. Eine so wichtige Frage lasse sich nicht mit einem Achselzucken abtun und er bitte das Haus, die Anträge anzunehmen und die Regierung, im Bundesrat die entsprechenden Schritte zu tun.



Minister v. Fleischauer: Der Beobachtung des Arbeitsmarktes wendet die Regierung fortwährend ihre Aufmerksamkeit zu. Seit Beginn des Balkankrieges hat ein langsames Abflauen der Konjunktur eingesetzt. Im Juli v. J. war der Markt noch ausreißend. Eine Rundfrage der Handelskammern im vorigen Herbst ergab noch einen ruhigen Geschäftsmarkt. (Zurück) (Soz.): Wie sprechen sich die Arbeiterkammern aus? Es ist richtig, daß die Ausweisung der Arbeitsämter eine ungünstige Lage aufweist, das ist aber besonders auf die Bauwirtschaft zurückzuführen. Normale Verhältnisse sind zu konstatieren bei der Gemischt- und der Papierindustrie, beim Nahrungs- und Genussmittel- und bis zu einem gewissen Grad auch beim Bekleidungs- und Zement- und Ziegeleigewerbe klagen über schlechten Geschäftsgang, ebenso die Gruppe der Metall-, Holz- und Maschinenarbeiter. Auch in der Textilindustrie wird über wenig günstigen Geschäftsgang geklagt. Statistische Zahlen sind immer vorsichtig aufzunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen war im Jahre 1908 verhältnismäßig größer wie 1913. Im allgemeinen können wir sagen, daß sich der Arbeitsmarkt verschlechtert hat. Diese Verschlechterung trifft aber die verschiedenen Industriezweige in verschiedenem Maße. In einzelnen Gewerben kann von einer Verschlechterung keine Rede sein, in manchen ist ein leichtes Abflauen zu konstatieren, dagegen ist ein Rückgang im Baugewerbe zu verzeichnen. Das Abflauen kann aber nicht bezeichnen, das wirtschaftliche Leben bewegt sich fortgesetzt in Wellenlinien. Das Baugewerbe ist zudem eine Saisonarbeit und die Geschäftszeit ist oft von kurzer Dauer. Die Verhältnisse in diesem Gewerbe haben sich aber dieser Tatsache angepaßt. Das neue Baugesetz stellt außerdem wesentlich strengere Anforderungen an den Erbauer. Durch die nunmehrige Herabsetzung des Reichsbankdiskonts und die soziale Haltung der Arbeitgeber, die den Lohnansatz zu einem erheblichen Prozentsatz vergüten, ist die Lage des Arbeiters besser geworden. Von einer bedrängten Lage des Kleinergewerbes kann keine Rede sein. Dem Ministerium des Innern war es besonders daran gelegen, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, das gilt auch für die Weingärtner. Das Ministerium des Innern hat sich an die Ministerien des Krieges und der Finanzen gewandt. Das Kriegsministerium hat geantwortet, daß die Ausführung der Wehrvorsorge sehr große Bauten in Aussicht stelle, deren mögliche Beschleunigung im Interesse der Militärverwaltung selbst liege. Der Finanzminister hat sich in demselben Sinn geäußert. Die Straßenbauabteilung wurde veranlaßt, die mögliche Beschaffung von Arbeitsgelegenheit ins Auge zu fassen. Auch die Gemeinden wurden gebeten, ihre Bauten möglichst noch im Winter auszuführen zu lassen. Die Bemühungen des Ministeriums sind nicht ohne Erfolg geblieben. Die Bautätigkeit der Post- und Eisenbahnverwaltung ist besonders in diesem Winter sehr lebhaft. Auf der Bahnstrecke Ludwigsburg-Eßlingen werden allein 2000 Arbeiter beschäftigt. Wir halten die Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die beste Arbeitslosenfürsorge. Die Art und Weise, wie in Württemberg die Arbeitsnachweise ausgebildet sind, ist vorbildlich für andere Länder. In den Wanderarbeitsstätten sind wir bahnbrechend vorgegangen. Die Regierung konnte in der Frage der Arbeitslosenversicherung nichts tun, weil die Gemeinden, die derartige Einrichtungen getroffen hätten, nicht vorhanden waren. Es kommen bis jetzt nur vier Gemeinden in Betracht: Stuttgart, Gmünd, Eßlingen und Feuerbach. Die Regierung hat schon oft auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die einer Durchführung der Arbeitslosenversicherung entgegenstehen. Man hat noch zu wenig Erfahrung gemacht. Wann die Reichsleitung eine Vorlage einbringen wird, ist mir nicht bekannt; es muß ihr aber Zeit zum Studium gelassen werden. Ein Erfolg von praktischer Bedeutung kann nur durch Annahme eines gesetzlichen Zwanges oder durch das Genter System zustandekommen. Gegen das Genter System sind aber die Bedenken bekannt, vor allem die Tatsache, daß der Arbeiter, der keiner Organisation angehört, davon ausgeschlossen bleibt. Die Sozialdemokratie hat es daher in der Hand, einen Druck auf den Arbeiter auszuüben. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, sich in dem wirtschaftlichen Kampf zwischen Arbeitgeber und -nehmer einzumischen. (Abg. Keil (Soz.): aber die Not der Arbeiter zu stillen!) Den Gemeinden muß in der Frage der Arbeitslosenversicherung vorentschieden freie Hand gelassen werden. Dem Vorgehen der bayerischen Regierung in der Arbeitslosenversicherung kann ich noch nicht den Vorzug geben. Wir werden gut daran tun, eine kleine Probe abzuwarten. Alle Arbeitgeber haben sich gegen eine Einführung der Arbeitslosenversicherung ausgesprochen. Die Regierung wird alles tun, um der Arbeitslosigkeit zu steuern und ich glaube, daß die Maßnahmen, die die Regierung ergriffen hat, von einem wesentlichen Erfolg begleitet sein werden. Ich möchte aber bitten, nicht durch Beschleunigung im Sinne der Durchführung der Arbeitslosenversicherung die Regierung auf ein Gebiet zu drängen, das noch nicht genügend erforscht ist. Ich brauche nicht zu betonen, daß das soziale Empfinden bei mir in vollem Maße vorhanden ist. Vorschläge zu machen, besonders auch auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung, sind mir noch nicht in der Lage und ich bitte, uns die nötige Zeit zum Studium zu lassen. (Wie lange noch? bei den Soz.) Vor 1/2 Uhr wird abgebrochen. Morgen vormittag 9 Uhr Fortsetzung und Körperschaftsbeamtengeleg.

Abgeordneter Dr. Eisele (Sp.) hat an die Minister der Justiz und des Innern folgende Anfrage gerichtet: Sind die Herren Staatsminister der Justiz und des Innern bereit, 1. Auskunft darüber zu geben, ob eine reichsgesetzliche Regelung der Befugnis des Waffentragens und des Handels mit Waffen und Munition in nächster Zeit zu erwarten steht, 2. verneinendenfalls in tunklischer Lage einen diesbezüglichen Landesgesetzentwurf den Ständen zur Verabschiedung vorzulegen.

Darlehen seitens der Versicherungsanstalt Württemberg.

Infolge Mangel an verfügbaren Mitteln ist es der Versicherungsanstalt Württemberg bis auf Weiteres, wie sie amtlich bekannt gibt, nicht mehr möglich, Darlehen zu anderen Zwecken, als zur Förderung des Wohnungswezens für ihre Versicherten abzugeben. Voraussetzung für die Gewährung solcher Darlehen an Gewerkschaften, Vereine, usw. sowie an Einzelversicherte ist aber, daß die Baupläne vor Einholung der bausperrlichen Genehmigung zwecks Prüfung durch die Beratungsstelle für das Baugewerbe hierher vorgelegt werden. Dem Bau von Wohnhäusern können Einzelversicherte nur noch Darlehen erhalten, wenn es sich um neue Wohnhäuser handelt. Der Höchstbetrag der Darlehen an Einzelversicherte außerhalb Stuttgarts ist zur Zeit 7000 M, innerhalb 10 000 M. Zur Ablösung von höher verzinslichen, auf Eigenhäusern bereits ruhenden Schulden können schon seit einigen Jahren keine Darlehen mehr abgegeben werden.

Beiräte der Zentralstelle für die Landwirtschaft.
Für die Kalenderjahre 1914, 1915 und 1916 sind als Beiräte der Zentralstelle, bzw. als deren Stellvertreter von den Landwirtschaftlichen Gewerkschaften gewählt worden: Oekonomierat Jerner in Neuhaus OAA, Wergentheim (Stellv.

Del.-Rat Schmid-Blaschke); Landesökonomierat Muth in Ellwangen (Del.-Rat Schmidberger in Gmünd); Landwirtschaftsinspektor Strödel in Ulm (Del.-Rat Mayer in Steinheim), Abg. Vogt in Gochheim (Weingutsbesitzer Wendel in Gradenheim); Rentamtmann Aldinger in Heutingsheim (Gutsbesitzer Hornung auf Schaubach); Oekonom Wanner in Leonberg (Oberförster Gröcher in Sindelfingen); Privatier Bräuninger in Redartensingen (Schultheiß Flogaus in Achwälden); Del.-Rat Kruos in Niederreutin Del.-Rat Klein in Tübingen); Gutsbesitzer Wogenast in Renzhausen (Kalkbrennwerk Lauer in Oberndorf); Schultheiß Waltherr in Ach (Gutsbesitzer Dint in Trödelshof); Del.-Rat Römer in Dnshälben (Gutsbesitzer Aborn auf Kallenberg); Gutsbesitzer Häbler in Seibranz (Privatier Enderte in Neppingen).

Deutsch-französischer Obsthandel.

Wie der Ouest-Clair berichtet, fand letzten Sonntag, 1. Februar, in Rennes ein Bankett der französischen Mostobst-Großhändler unter dem Vorsitz des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Fernand David, sowie der Deputierten des Departements Ille und Vilaine, Cotes du Nord und Morbihan, sowie des Direktors der französischen Staatsbahnen, Clavelle, nebst vielen anderen hohen Staatsbeamten statt. Es waren ungefähr 450 Gäste anwesend, die aus ganz Frankreich gekommen waren. Der Deputierte des Departements Ille und Vilaine, Lesas, sprach in seiner Rede u. a. den Wunsch aus, daß die bisher gepflegten guten Beziehungen zwischen französischen und deutschen Mostobsthändlern sich auch fernerhin aufrecht erhalten mögen. Lebhaftesten Dank erteilte Generalkonsul Ferrand-Berlin, früher in Stuttgart, der sich durch seine über den Mostobsthandel herausgegebene Broschüre sowohl auf deutscher als auch auf französischer Seite große Verdienste erworben hat und der nicht die Mühe scheute, während der letzten Saison von Berlin nach Stuttgart zu kommen, um sich vom Stand der Dinge persönlich zu überzeugen. Wie der Ouest-Clair berichtet, befand sich an der Ehren tafel M. Kulle mit Söhnen, der in den letzten Jahren durch seine, sowohl in deutschen als auch ausländischen Zeitungen erschienenen Fachartikel über eine Verbesserung der Transportverhältnisse zur Förderung des Mostobsthandels wesentlich beigetragen hat.

Stuttgart, 6. Febr. Im Württembergischen Kunstgewerbeverein sprach heute abend Hofrat Peter Brudmann von Heilbronn über „Wert, Kunstindustrie und Kunsthandwerk“. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Weinsberg, 7. Febr. Die Stadtvorstandsstelle ist nun im „Staatsanzeiger“ zur Bewerbung ausgeschrieben, nachdem in einer nichtöffentlichen Sitzung die bürgerlichen Kollegien sich über die Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse geeinigt haben. Als Gesamtheit für die Besorgung der Geschäfte des Ortsvorstehers, Ratschreibers, Standsbeamten, Beamten der Ortsbehörde für die Einkommensteuer und die Arbeiterversicherung wurde der Betrag von 3600 M. ausgesetzt, der von 3 zu 3 Jahren um 200 M. bis zum Höchstbetrag von 4600 M. steigt. Von den anfallenden Gebühren hat der Stadtvorstand die Hälfte an die Stadtkasse abzuführen. Dem Stadtvorstand soll auf Kosten der Gemeinde ein gepulvertes Assistent beigegeben werden; die Besetzung dieser Stelle und die Übertragung der Geschäfte des Ratschreibers und der Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung wird aber erst nach Erledigung der Ratschreiberstelle, die spätestens auf 1. Januar 1915 erfolgt, geschehen. Als Meldebtermin ist der 16. Februar bestimmt. Die Vorstellung der Bewerber findet am 22. Februar im Traudenaal statt, worauf dann am letzten Tag des Monats die Wahl stattfindet.

Brackenheim, 6. Febr. Beim Oberamt ist ein merkwürdiger Brief eingelaufen, worin ein Unbekannter sich beschuldigt, das große Feuer in Clebronn am 1. Weihnachtstag, das bekanntlich im Gasthof zum Hirsch ausbrach, dadurch verursacht zu haben, daß er in der Scheuer zum Hirsch übernachtete und beim Anzünden einer Zigarre das Unglück anrichtete. Sich selbst nennt der Brandstifter jedoch nicht, wohl aber gibt er Personen an, mit denen er noch am Heiligen Abend gesprochen habe. Es gelang bis jetzt nicht, den Abfender der Mitteilung zu ermitteln.

Nah und Fern.

Sittlichkeitsverbrechen.
Als das Dienstmädchen des Bauern Berner in Langensall OAA. Dehringen auf dem Feld allein beschäftigt war, gestellte sich zu ihr ein unbekannter Mann unter allerlei leeren Redensarten. Das Mädchen fürchtete Schlimmes und rief um Hilfe, worauf Passanten den unheimlichen Menschen vertrieben, der aber nach kurzer Zeit wieder zurückkam und an dem Mädchen ein sehr schweres Sittlichkeitsverbrechen verübte, so daß es in ärztliche Behandlung genommen werden mußte.

Der Mord von San Remo.
Die Feststellungen der Polizeibehörde haben ergeben, daß Wolf ursprünglich eine Erpressung an Sigall begehen wollte. Bei der Autofahrt nach Mentone hatte Wolf neben dem Chauffeur Platz genommen, während Sigall mit Frau Wolf im Fond des Wagens untergebracht war. Da jedoch Sigall sich zu feiner Ungehörigkeiten verleitete ließ, sah Wolf seinen Plan gescheitert, und da er sich in schwerer Geldverlegenheit befand und seine Schulden im Hotel stark angewachsen waren, faßte er den Plan, sich auf gewalttätige Weise in den Besitz der Vermittlung Sigalls zu setzen. Er glaubte, daß Sigall etwa 1000 Mark bei sich habe, die er am Freitag morgen bei seiner Bank abgehoben hatte. In Wirklichkeit führte Sigall jedoch nur etwa 60 M. bei sich. Die mit Beschlag belegten Verwischten Wolfs ergaben, daß der Verbrecher Mitte Januar gelegentlich seines Besuchs in Berlin mit dortigen Mädchenhändlern in Verbindung gestanden hat. Untersuchungen sind auch in dieser Hinsicht im Gange.

Ueber die Familientragödie in Gießen.
berichtet die königliche Zeitung: Donnerstag morgen gegen 4 Uhr hörten Postbeamte an der Eisenbahnunterführung an der Westanlage ein Stöhnen; doch konnten sie wegen der Dunkelheit nichts entdecken. Sie ermittelten ihrem Vorgesetzten sofort Bericht, und dieser veranlaßte die Eisenbahnverwaltung zu Nachforschungen. Man fand den Milchläufer Wilhelm Lehmann, dem beide Weine abgefahren waren und brachte ihn in die Klinik, wo er um 6 1/4 Uhr seinen Verletzungen erlegen ist. Da man an einen Selbstmord glaubte, begab sich die Polizei nach der Wohnung Lehmanns, die sie mit dem vor der Tür liegenden Schlüssel öffnete. In dem einen Zimmer fand sie den Leichnam der Frau, in dem anderen die Leichen der vier Kinder in ihrem Blute in den Betten liegend. Neben dem Bett der Frau fand eine Art, mit der Lehmann seinen Angehörigen den Schädel eingeschlagen hatte. Auf dem Boden lag ein großes, scharf geschliffenes Messer, mit dem er ihnen die Kehlen durchgeschnitten hatte. Ein acht Seiten langer Brief,

der ganz mit Blut bespritzt war, lag auf dem Tisch. In ihm gab Lehmann an, daß er wegen seiner unglücklichen Ehe sich und die ganze Familie aus der Welt schaffen wolle. Zunächst sprach er davon, daß er die Kinder töten wolle, dann aber meinte er, es sei doch besser, wenn er sie nicht am Leben ließe. Er selbst werde sich von einem Eisenbahnzug überfahren lassen. Die Frau, die 33 Jahre alt war, war schon einmal verheiratet und hatte zwei Kinder im Alter von 14 und 12 Jahren aus der ersten Ehe mitgebracht. Das dritte Kind war 11 Jahre alt, das jüngste, dessen Vater Lehmann war, 4 Jahre. Die Kinder aus der ersten Ehe waren der Grund fortgesetzter ehelicher Zwistigkeiten. Zwischen Lehmann und seiner Frau, sowie dem ältesten Kinde muß ein Kampf stattgefunden haben, worauf die durchschnittenen Finger hindeuten. Nachbarn behaupten, Frau Lehmann haben ihren Haushalt sehr in Ordnung gehalten. Besonders heftige eheliche Szenen hat man bei den Lehmannschen Eheleuten nicht wahrgenommen, doch wohnten die Leute noch nicht lange in ihrer jetzigen Wohnung. Lehmann hatte die Frau vor etwa 1 1/2 Jahren geheiratet. Der Mörder war gestern auf dem Polizeiamt, wo er als nächster, aber überspannter Mensch bekannt ist. Er erkundigte sich, ob seine Frau schon auf dem Amt gewesen und eine Anzeige gemacht habe. Man erklärte ihm, daß dies nicht der Fall sei, worauf Lehmann wieder vertag. Ob die Beschuldigung der Frau richtig ist, daß Lehmann sich mehrfach an der eigenen Tochter vergangen habe und aus diesem Grunde Furcht vor seiner Frau hatte, steht bisher nicht fest. Möglich scheint es, und dann wäre der Grund für die Tat gefunden.

Dampferunfall.

Der badische Dampfer Stadt Konstanz geriet auf der Fahrt von Heberlingen nach Konstanz bei Dingelsdorf auf Grund. Dasselbe Schicksal widerfuhr dem Dampfer Stadt Meersburg, der ihn abschleppen wollte. Die Passagiere des Dampfers Stadt Konstanz mußten die ganze Nacht an Bord verbringen. Freitag vormittag unternahm der Dampfer Greif Versuche, die festgenommenen Schiffe freizumachen.

Kleine Nachrichten.

Der aus dem Feldzug 1870-71 bekannte Tambour von Le Wurget, Friedrich Bäumler, ist in Essen an einer Lungenentzündung im Alter von 67 Jahren gestorben. In Obriqheim (Amt Rosbach) wurde ein ungefähr 50jähriger Mann aus Dietigheim mit einer Schußwunde im Kopf tot aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Gerichtssaal.

Stuttgart, 5. Febr. Auf versuchten Mord lautete die Anklage gegen den 1889 in Binnenden geborenen Tagelöhner Gottlieb Sieber. Der Angeklagte hat einen Hof auf den 68 Jahre alten Weingärtner Jakob Hermann von dort. Vor zwei Jahren hat er den alten Mann mißhandelt und ist deshalb bestraft worden, wie er übrigens auch noch andere Vorstrafen aufzuweisen hat. Am Abend des 3. Nov. brütete er Rache, nachdem er in einer Wirtshaus 8 Glas Most getrunken hatte. Er holte ein Beil und stellte sich damit in der abgelegenen Deutenbacherstraße vor Hermann einen Stall hat, auf. Als der Mann an ihm vorüberging, schlug er mit dem Beil auf ihn ein und auferste dabei, er schlage ihn zusammen. Hermann wehrte mit dem Bleicheimer, den er in der Hand hatte, die Schläge ab; er erlitt nur unerhebliche Verletzungen. Der Angeklagte bestritt die Tötungsabsicht. Er habe Hermann nur „verschlagen“ wollen. Auch bestritt er, daß er dem Mann an „erfaucht“ habe. Dagegen kann er nicht leugnen, daß er dem Hermann schon wiederholt mit Totschlägen gedroht hat. Die Geschworenen sprachen ihn des versuchten Mordes schuldig, unter Verlesung mildernder Umstände. Das Urteil lautete sodann auf 2 Jahre Zuchthaus, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft. Bei der Strafbemessung konnte zu seinen Gunsten nur allein in Betracht gezogen werden, daß für den Verletzten keine erheblichen Folgen entstanden sind.

Stuttgart, 5. Febr. Unter der Anklage der Inzucht wurde der erst 20 Jahre alte Schlosser Albert Schlicht von hier der Strafkammer aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Er hatte zwei Frauenpersonen unter Anwendung von Gewalt und Drohung zur Ausübung des unzüchtigen Gewerbes angehalten. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endigte mit der Verurteilung des Angeklagten zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis.

Heilbronn, 6. Febr. Der 40 Jahre alte verheiratete Maurer Fr. Pfleger in Dettingen OAA. Maulbronn, der Vater von 9 lebenden Kindern ist, hat sich an dem von seiner Frau mit in die Ehe gebrachten Mädchen in schamloser Weise vergangen. Vom zartesten Kindesalter an, das Mädchen gibt das dritte Lebensjahr an, hat er sich an dem Mädchen viele Jahre lang, bis zum Späthjahr 1913 vergangen. Die Strafkammer Heilbronn verurteilte den Unmenschen zu 4 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Leipzig, 6. Febr. Das Reichsgericht hat heute die Revision der Landwirtschwärme Kochs aus Maulsheim und des Arbeiters Martin Steger aus Boggendorf verworfen, weil sie Schwurgericht Nachen zum Tode verurteilt wurden, weil sie gemeinschaftlich im Juli 1913 den Landwirt Koch, den Schwarm der Angeklagten Kochs, erschossen haben.

München-Grudbach, 6. Febr. Ein Kurpfuscher namens Junkers aus Rheindt, der ein fünfjähriges an Diphtherie erkranktes Mädchen falsch behandelte, sodas das Kind starb, ist wegen fahrlässiger Tötung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

— In der Probe. Die Sänger: „Herr Dirigent, der Chor liegt uns zu hoch, da kommen wir nicht dran!“ — Dirigent: „Dann singen wir ihn einen Ton tiefer.“ — Sänger: „Ein halber genügt aber auch.“ — Dirigent (Stolz): „Erlauben Sie mal, bei uns wird nichts halb gemacht!“ — Auch eine Künstlerin. „Sie sind wohl sehr musikalisch?“ fragte ein Herr eine junge Dame. — Fräulein (schüchtern): „Nein, gar nicht!“ — Herr: „Aber ins Theater gehen Sie wohl oft?“ — Fräulein: „Sehr wenig!“ — Herr: „Vielleicht malen Sie?“ — Fräulein: „O ja!“ — Herr: „Wohl Aquarelle?“ — Fräulein: „Nein, Kaffee!“

Aus dem Simplizissimus.

In einer Universitätsstadt am Neckar ist nachts ein großer Brand entstanden. Unter den neugierigen Zuschauern befindet sich auch ein vor kurzem aus Norddeutschland zugezogener Bridalbozent. „Gang e biste auf d' Seit, mer sieht jo nit“, sagt einer der hinter ihm stehenden „Ureinwohner“ und gibt ihm einen kleinen Stoß. Er dreht sich mit Würde um: „Wie können Sie sich erlauben, mich zu duzen?“ — „Oh Herrschaft!“ sagt der Zurechtgewiesene und lacht, „jezt moint der, mer secht Sie, wann's brennt!“

Wildbad, den 9. Februar.

Freiballon. Gestern mittag überflog ein Freiballon in beträchtlicher Höhe, aus südwestlicher Richtung kommend, unsere Stadt und entschwand in nord-östlicher Richtung den Blicken der Zuschauer wieder.

Vom deutschen Flugwesen. Es ist sicher hocherfreulich, daß sich auch der deutsche Flugzeugbau in der letzten Zeit ganz wesentlich gehoben hat. Ständen und stehen wir in der Luftschiffahrt voran (Zeppelin usw.) so ist es bisher stets als bedauerlich empfunden worden, daß wir im Aeroplanwesen doch zurückstünden. Indessen scheint das glücklicherweise ein nunmehr überwundener Standpunkt zu sein. Bei einem großen deutschen Flugzeugwerke sind kürzlich eine ganze Anzahl von Flugzeugen für das Ausland bestellt worden. Sachverständigenkommissionen aus fast allen europäischen Staaten treffen fast unausgesetzt bei diesem Werke ein, um Flugzeuge zu besichtigen, Berichte nach Haus zu senden, Bestellungen aufzugeben oder Lieferungen abzunehmen. Dagegen scheint es noch an jungen besichtigten Leuten zu fehlen, die Kapital und Neigung genug haben, um sich als Piloten ausbilden zu lassen. Da die Luft bekanntlich keine Balken hat, ist das Amt eines Aeroplanführers zur Zeit sicher der gefährlichste Beruf, den es gibt. Nur der Enthusiasmus vermag die Bedenken, die sich hieraus ergeben, zu überwinden.

Völlige Sonntagsruhe. Dem Reichstage sind zu seinen Beratungen über das Gesetz betreffend die Sonntags-

ruhe eine Masse Eingaben zugegangen. Aus der Hochflut der auf diese Weise zutage getretenen Wünsche der Handelswelt ist die Petition zugunsten völliger Sonntagsruhe zu erwähnen, die die Unterschrift von mehr als 41000 Ladeninhabern trägt und vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband gesammelt, also betrieben wurde. Nach der dieser Petition beigegebenen Statistik stammen 2592 Unterschriften aus 142 Orten mit bis zu 10000 Einwohnern, 3799 Unterschriften aus 118 Städten mit 10000 bis 25000 Einwohnern, 5461 aus 68 Orten mit 25000 bis 50000 Einwohnern, 5312 aus 32 Städten mit 50000 bis 100000 Einwohnern und 24059 Unterschriften aus Städten mit über 100000 Einwohnern. Der Wunsch völliger Sonntagsruhe ist also in Städten jeder Größe vorhanden.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 9. Februar. Prinz Wilhelm zu Wied ist nach Rom abgefahren, von wo er sich am 11. Februar nach Wien begeben wird. Am 15. Februar gedenkt Prinz zu Wied nach Berlin zurückzukehren.

Berlin, 9. Februar. In einem Hausflur in der Mittenstraße verlegte ein Unbekannter dem Kassierer Meyer einen wuchtigen Dieb auf die Stirne, so daß dieser bewußtlos zusammenbrach. Der Räuber entkam mit der Geldtasche des Kassierers, die 1200 Mark Bargeld und über 1000 Quittungen enthielt.

Kottbus, 9. Februar. Wegen fortgesetzten schweren Diebstahls von Schworen, Ziarrin, Tuchen usw. bei der

hiesigen Güterabfertigung sind einige Eisenbahnangestellte verhaftet worden. Die Diebstahle sollen sich auf mehrere Jahre erstrecken.

Potsdam, 8. Febr. Ueber die Fahrt des Zeppelinkreuzers „Z. 7“ sprach sich Oberingenieur Dürr überaus günstig aus. Man fuhr bei außerordentlich schönem Wetter meist in einer Höhe von 400 bis 800 Metern und durchweg mit dem Winde. Nur in den frühen Morgenstunden machte sich der Nebel empfindlich bemerkbar.

Mexiko, 9. Februar. Die geheime Polizei hat eine Anzahl von Geschäftsleuten und Angestellten verhaftet, die in eine Verschwörung gegen die Regierung verwickelt gewesen sein sollen.

Helsingfors, 9. Februar. Der Eisbrecher „Tarus“ ist bei einer Insel eingetroffen und hat 500 Fischer mit ihren Pferden und Geräten aufgenommen, die auf einer Eisscholle dorthin getrieben worden waren.

Rio de Janeiro, 9. Februar. Die letzten Meldungen aus dem Staate Bahia lauten beruhigender. Das Hochwasser geht überall zurück. Die Eisenbahnen, besonders die Bahia-Zentralbahn, haben bedeutenden Schaden erlitten.

Petersburg, 9. Febr. Ein Befehl des Kaisers ordnete an, daß im ganzen Reiche, mit Ausnahme der Gouvernements des Weichselgebiets die Landwehrmänner des ersten Aufgebots, die bei der Einberufung von 1911 und 1913 direkt zur Landwehr gezählt wurden, im laufenden Jahre zu vierwöchigen Waffenübungen einzuberufen sind.

Druck und Verlag der Verh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. — Verantwortl.: H. Reinhardt, Wildbad.

Für Konfirmanden und Kommunikanten schwarze, weiße und farbige Kleiderstoffe Unterröcke, Konfirmanden-Anzüge, ein- und zwei-reihig, treffen in den nächsten Wochen in großer Auswahl ein, à Mk. 16, 18, 22, 24, 26. Ph. Bosch.

Flaschenbier. Vorzügliches Flaschenbier, hell und dunkel in großen und kleinen Flaschen, direkt vom Lagerfaß in Flaschen abgezogen empfiehlt große Flasche 19 Pf. kleine Flasche 12 Pf. Bebel, Hennbachbrauerei.

Grosse Auswahl in Handarbeiten. Gold-Jacken-Wolle, Mützen-Wolle, Strickwolle, Stick- und Häkel-Seide, Häkelgarne u. sämtliche Stickmaterialien empfehlen zu billigen Preisen. Geschwister Freund.

800 000. Das ist der Erfolg v. wenigen Jahren und ein Zeichen der hervorragenden Leistungen dieser Dauerbrandöfen; für jede Kohle geeignet. Garantiert sicherer Dauerbrand als auch für zeitweise Heizung. In jeder Preislage vom einfachsten Blechmantelofen bis zu den vornehmsten Majolika-Öfen nach Künzler-Entwürfen in vielen Ausstattungen lieferbar. Fachmännischer Rat, sachgemäße Aufstellung. Man fordere Original-Verkaufsliste 1913 durch Karl Gähler, Wildbad.

Schutz gegen Nässe und Kälte bietet der MERCEDES. Korksohlen-Stiefel. Extra-Qualität Mk. 16.50. Schuhhaus Wilh. Treiber, Ludwig-Seegeerstrasse 16.

Neu! Keine kalten Füße mehr! Heizbare Fussbank. D. R. G. M. Droschken-, Wagen-, Auto-, Kirchen- und Zimmerheizung. Rauch- und geruchlos. Stahlofen-Verbrauch: 3 Stunden 1 Pf. Alleinfabrikant für den ganzen Oberamtsbezirk Neuenbürg. Johann Hetzel, Schreinerei, Wildbad.

Große Friedrichshafener Geld-Lotterie zu Gunsten der Erbauung einer Uferstraße mit Gondelhafen. 2029 Geldgewinne 60 000 Mark. 1. Hauptgewinn 30 000 Mk. Ziehung am 14. März. Lose a 2 Mk., 6 Lose 11 Mk., 11 Lose 20 Mk. Große Stuttgarter Geld- und Pferde-Lotterie. 3011 Geld- und 15 Pferdegewinne mit zusammen 100 000 Mark. 1. Hauptgewinn 40 000 Mark. Ziehung garantiert 24. u. 25. April. Lose a 2 Mk., 6 Lose 11 Mk., 11 Lose 20 Mk. Zu haben bei C. W. Bott.

Karl Tubach empfiehlt sich zur Lieferung sämtlicher Kohlen, Koks, Eier- und Union-Bricketts in nur erstklassiger Ware zu den billigsten Tagespreisen. Auf Wunsch werden dieselben bei billigster Berechnung ins Haus geliefert. Ferner empfehle ich mich zur Lieferung von Fahrrädern u. Nähmaschinen zu den billigsten Preisen. Ersatzteile stets auf Lager.

Nähmaschinen aller Systeme in allen Preislagen empfiehlt Ignaz Kirchlechner Fahrrad- und Nähmaschinenhandlung Zubehörteile billigt.

Nähmaschinen erstklassige deutsche Fabrikate zum Stopfen u. Sticken eingerichtet. Ueber 2 1/2 Millionen im Gebrauch, in Qualität unübertroffen. Gründlichen Unterricht in allen Fächern gratis. Langjährige fachmännische Erfahrung. Reparaturwerkstätte. Ersatzteile. H. Riexinger, Messerschmiedmeister.

Bad-Anstalt Jungborn. Telefon 109. Telefon 109. empfiehlt seine Dampf-, Wannen- und med. Bäder, Massagen, Packungen usw. der Einwohnerschaft von hier und Umgebung. Den Krankenlassenmitgliedern besonders empfohlen. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Carl Schmid. Vorherige Anmeldungen erbeten.

Wegen vorgerückter Saison verkaufe sämtliche farbigen Winter-Mäntel zu bedeutend herabgesetzten Preisen. H. Schanz Damenkonfektion.

Bohnungs-Gesuch. Für sofort oder 1. April wird für eine Beamtenfamilie eine kleine Wohnung von 3-4 Zimmern zu mieten gesucht. Offerten unter A. G. postlagernd Schramberg. Einen halben Morgen Acker samt Scheuer in der Bärenklänge gelegen ist zu verkaufen oder zu verpachten. Wer sagt die Exped. 18. Zum Kochen und Baden Margarine Marke Escha, Rheinpelle Canella empfiehlt Joh. Köhle. Weiss- und Rot-Weine (über die Straße) in verschiedenen Preislagen empfiehlt Fr. Kessler.

la. Ulmer Suppen-Flädchen per Paket 25 Pf. (für 6-7 Teller reichend). Robert Treiber.

Kinderrühr- und Kräftigungsmittel aus der Drogerie Hans Grundner Nachf. sind stets frisch und gut. Dr. Duflebs Wärmol. a Beutel 30 Pf. Bei Hans Grundner Nachf. Drogerie, Hauptstraße 86.

Würmer! bei Kindern und Erwachsenen beseitigt Dr. Duflebs Wärmol. a Beutel 30 Pf. Bei Hans Grundner Nachf. Drogerie, Hauptstraße 86. Steinguthäfen, als Krautstanden sehr geeignet, mit 30, 40 und 50 Pfund Inhalt empfiehlt Hermann Ruh.